

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Inhalt	XI
1. Kapitel Einführung	1
A. Problemaufriss	1
B. Untersuchungsgegenstand	5
C. Gang der Untersuchung	7
2. Kapitel Die Schranken der tagesaktuellen Berichterstattung gemäß §§ 48–50 UrhG und die übergreifende Frage nach der Zulässigkeit der Online-Archivierung	9
A. Die rechtliche Verwandtschaft der §§ 48–50 UrhG	9
B. Die normübergreifende Frage nach der Kollision der Online-Archivierung mit der Grenze der Tagesaktualität im Rahmen der §§ 48–50 UrhG	20
C. Die Grundsatzentscheidung des BGH zur Online-Archivierung – »Kunstaussstellung im Online-Archiv«	21
3. Kapitel Die Kollision der Online-Archivierung mit der Grenze der Tagesaktualität im Rahmen der §§ 48–50 UrhG	27
A. Die Kollision der Online-Archivierung mit der inhaltlichen Grenze der Tagesaktualität – Betreffen die in Online-Archiven vorgehaltenen Werke »Tagesereignisse«, »Tagesfragen« und »Tagesneuigkeiten«?	27
B. Die Kollision der Online-Archivierung mit der medialen Grenze der Tagesaktualität – Erfolgt die Online-Archivierung in »Tagesinteressen dienenden Medien«?	52
C. Maßgeblicher Beurteilungszeitpunkt für die Frage nach der Einhaltung der Grenzen der Tagesaktualität	70
D. Ergebnis	91
4. Kapitel Das verfassungsrechtliche Bedürfnis an der Privilegierung der Online-Archivierung	93
A. Die Rechtsprechung des VI. Zivilsenats des BGH zur Zulässigkeit der Online-Archivierung aus Sicht des Allgemeinen Persönlichkeitsrechts	94
B. Die Rechtsprechung des I. Zivilsenats des BGH: Keine zusätzliche verfassungsrechtliche Abwägung wie im Allgemeinen Persönlichkeitsrecht möglich	104
C. Entscheidung des BVerfG im Fall »Kunstaussstellung im Online-Archiv«	105
D. Meinungsstand im Schrifttum zur Frage der verfassungskonformen Auslegung und zur Berücksichtigung der Rechtsprechung des VI. Zivilsenats im Urheberrecht	107

Inhaltsübersicht

E. Die Grundsätze der verfassungskonformen Auslegung der Schrankenbestimmungen	111
F. Die verfassungskonforme Auslegung der §§ 48–50 UrhG im Fall der Online-Archivierung – unter besonderer Berücksichtigung der persönlichkeitsrechtlichen Rechtsprechung	127
5. Kapitel Schlussbetrachtung	209
Abkürzungen	217
Literatur	221
Sachregister	245

Inhalt

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
1. Kapitel Einführung	1
<i>A. Problemaufriss</i>	1
<i>B. Untersuchungsgegenstand</i>	5
<i>C. Gang der Untersuchung</i>	7
2. Kapitel Die Schranken der tagesaktuellen Berichterstattung gemäß §§ 48–50 UrhG und die übergreifende Frage nach der Zulässigkeit der Online-Archivierung	9
<i>A. Die rechtliche Verwandtschaft der §§ 48–50 UrhG</i>	9
I. Regelungsgehalt sowie Sinn und Zweck	9
II. Historische Entwicklung und verfassungsrechtliche sowie konventions- und unionsrechtliche Grundlagen	12
III. Normübergreifende Systematik	13
1. Überblick über die Struktur der §§ 48–50 UrhG	13
2. Der Begriff der Berichterstattung im Rahmen der §§ 48–50 UrhG	13
a) Publizistisches Verständnis	13
b) Rechtliches Verständnis in §§ 48–50 UrhG	14
aa) Berichterstattung im engeren Sinne (§ 50 UrhG)	14
bb) Berichterstattung im weiteren Sinne (§ 48 und 49 UrhG)	14
cc) Fazit	15
3. Erfasste Werke	15
a) Reden gemäß § 48 UrhG	15
b) Rundfunkkommentare, Artikel und Abbildungen gemäß § 49 UrhG ...	16
c) Im Verlauf von Tagesereignissen wahrnehmbare Werke gemäß § 50 UrhG	16
4. Übernahme	16
a) Ursprung bzw. Ursprungsmedien	17
b) Übernahmehandlungen	18
c) Zielmedien	18
d) Beschränkungen der Übernahme	18
aa) Gebotenheit im Rahmen des § 50 UrhG	18
bb) Urheberpersönlichkeitsrechtliche Beschränkungen	19
5. Die Grenze der Tagesaktualität	19
a) Die zeitliche Begrenzung	19
b) Die inhaltliche Begrenzung	20
c) Die mediale Begrenzung	20

B.	<i>Die normübergreifende Frage nach der Kollision der Online-Archivierung mit der Grenze der Tagesaktualität im Rahmen der §§ 48–50 UrhG</i>	20
C.	<i>Die Grundsatzentscheidung des BGH zur Online-Archivierung – »Kunstaussstellung im Online-Archiv«</i>	21
I.	Sachverhalt	21
II.	Rechtsfrage	21
III.	Entscheidung der Vorinstanzen	21
	1. AG Braunschweig	21
	2. LG Braunschweig	22
IV.	Entscheidung des BGH	23
	1. Urheberrechtsdogmatisches Argument	23
	2. Historisches Argument	24
	3. Teleologisches Argument	24
	4. Verfassungsrechtliche Erwägungen	25
V.	Entscheidung des BVerfG	25
3. Kapitel	Die Kollision der Online-Archivierung mit der Grenze der Tagesaktualität im Rahmen der §§ 48–50 UrhG	27
A.	<i>Die Kollision der Online-Archivierung mit der inhaltlichen Grenze der Tagesaktualität – Betreffen die in Online-Archiven vorgehaltenen Werke »Tagesereignisse«, »Tagesfragen« und »Tagesneuigkeiten«?</i>	27
I.	Tagesereignis	28
	1. Gesetzesbegründung	28
	2. Rechtsprechung und Schrifttum	28
II.	Tagesfrage	30
	1. Gesetzesbegründung	30
	2. Rechtsprechung und Schrifttum	31
III.	Tagesneuigkeit	32
	1. Gesetzesbegründung	32
	2. Rechtsprechung und Schrifttum	33
IV.	Zwischenfazit	33
V.	Aktualität	33
	1. Allgemeiner Sprachgebrauch und historisches Begriffsverständnis	33
	2. Medienwissenschaftliches Begriffsverständnis	34
	a) Zeitungswissenschaften	34
	b) Nachrichtenforschung	35
	c) Online-Journalismus	36
	3. Rechtliches Begriffsverständnis	36
	a) Rechtsprechung	37
	aa) Die Definition des BGH und der Instanzgerichte	37
	bb) Rechtsprechungspraxis zur Aktualität	37
	(1) Aktualität in Offline-Medien	37
	(2) Aktualität in Online-Medien	39
	(3) Sonderproblem: Reaktualisierung von Tagesereignissen	40
	(4) Fazit	41
	b) Schrifttum	42

4. Fazit: Grundsätzlich Übereinstimmung von medienwissenschaftlichem und rechtlichem Verständnis	44
VI. Konsequenz für die Zulässigkeit der Online-Archivierung	45
1. Keine dauerhafte Aktualität von Online-Inhalten	45
2. Keine feste Aktualitätsfrist bei Online-Inhalten	46
a) Orientierung an den rundfunkrechtlichen Löschrufen?	46
b) Anhaltspunkte aus der Rechtsprechung?	47
3. Einzelfallbetrachtung	48
a) Zeitliche Nähe	48
b) Bedeutung des Berichtereignisses	48
c) Keine Abhängigkeit von der Periodizität des Mediums	49
aa) Offline-Medien	49
bb) Online-Medien	50
d) Öffentliche Diskussion und Berichterstattung über das Ereignis	51
VII. Fazit	51
B. <i>Die Kollision der Online-Archivierung mit der medialen Grenze der Tagesaktualität – Erfolgt die Online-Archivierung in »Tagesinteressen dienenden Medien«?</i>	52
I. Tagesinteressen dienende Medien	52
1. Gesetzesbegründung	52
2. Rechtsprechung	53
3. Schrifttum	53
4. Ergebnis	54
II. Geltung der medialen Grenze der Tagesaktualität in Bezug auf das Recht der öffentlichen Zugänglichmachung?	55
1. Privilegierung des Rechts der öffentlichen Zugänglichmachung gemäß §§ 48–50 UrhG	55
2. Erforderlichkeit des öffentlichen Zugänglichmachens in »Tagesinteressen dienenden Medien«?	56
a) Wortlaut	56
b) Historie	57
c) Systematik	58
d) Telos	59
e) Fazit	60
III. Konsequenz für die Zulässigkeit der Online-Archivierung	60
1. Die Online-Angebote institutionalisierter Medienunternehmen »als Tagesinteressen dienende Medien«?	61
a) Grundsätzliche Vergleichbarkeit mit Zeitung und Rundfunk	61
b) »Im Wesentlichen« bzw. »lediglich Tagesinteressen dienend«?	63
c) Rückschlüsse aus der BGH-Entscheidung »Elektronischer Pressespiegel« auf die Beurteilung von Online-Medien?	64
d) Vereinbarkeit der Privilegierung mit Konventions- und Unionsrecht	67
2. Online-Archiv-Bereich als »Tagesinteressen dienendes Medium«?	68
IV. Fazit	70
C. <i>Maßgeblicher Beurteilungszeitpunkt für die Frage nach der Einhaltung der Grenzen der Tagesaktualität</i>	70
I. Mögliche Anknüpfungspunkte	71

1. Zeitpunkt der Veröffentlichung des Werkes durch den Primärveröffentlicher	71
2. Zeitpunkt der Veröffentlichung des Werkes durch den Sekundärveröffentlicher	71
3. Zu jedem Zeitpunkt einer dauerhaften Nutzungshandlung	72
4. Zwischenfazit	74
II. Wortlaut	74
III. Systematik	74
1. Rückschlüsse aus der Dogmatik der urheberrechtlichen Schrankenbestimmungen	74
a) Die tatbestands- bzw. rechtswidrigkeitsausschließende Wirkung der Schrankenbestimmungen bei Dauerhandlungen und die Frage des maßgeblichen Beurteilungszeitpunkts	75
b) Die Rechtfertigung von rechtsbeeinträchtigenden Dauerhandlungen durch das zivilrechtliche und strafrechtliche Notwehrrecht	75
c) Die Rechtfertigung von persönlichkeitsrechtsbeeinträchtigenden Dauerhandlungen gemäß § 823 Abs. 1 BGB	76
d) Die Rechtfertigung der dauerhaften »Offline-Archivierung« gemäß §§ 48–50 UrhG	76
e) Fazit	78
2. Rückschlüsse aus anderen Schrankenregelungen	78
a) Vervielfältigungen zur Aufnahme in ein eigenes Archiv gemäß § 53 Abs. 2 Nr. 2 UrhG	78
b) Archivschränke des § 60f i.V.m. § 60e Abs. 4 UrhG	81
3. Rückschlüsse aus dem Urhebervertragsrecht	81
4. Fazit	83
IV. Historie	83
1. Historische Entwicklung der §§ 48–50 UrhG	84
a) Die Vorgängervorschriften der §§ 48 und 49 UrhG im LUG	84
b) Die Vorgängervorschrift des § 50 UrhG im WochenschauG	85
2. Erweiterung der Normen durch die Urheberrechtsnovelle 2003	85
3. Konsequenz für die Zulässigkeit der Online-Archivierung	86
V. Telos	88
1. Unmittelbare Schutzzweckrelevanz der Online-Archivierung	89
2. Mittelbare Schutzzweckrelevanz der Online-Archivierung	90
D. Ergebnis	91
4. Kapitel Das verfassungsrechtliche Bedürfnis an der Privilegierung der Online-Archivierung	93
A. Die Rechtsprechung des VI. Zivilsenats des BGH zur Zulässigkeit der Online-Archivierung aus Sicht des Allgemeinen Persönlichkeitsrechts	94
I. Sachverhalte der Online-Archiv Entscheidungen	94
II. Rechtsfrage und Entscheidungsgrundsätze	95
III. Verfassungsrechtliche Dimension der Rechtsprechung	97
1. Herleitung aus der Lebach-Rechtsprechung des BVerfG	97
2. Bestätigung der Rechtsprechung des BGH durch die Nichtannahmebeschlüsse des BVerfG	98

IV. Instanzengerichtliche Rechtsprechung	99
V. Schrifttum	100
VI. Unionsrechtliche Dimension	101
1. Bestätigung der Online-Archiv-Rechtsprechung durch den EGMR	101
2. Keine abweichenden Wertungen durch das EuGH-Urteil »Google/Spain« und das Recht auf Vergessenwerden gemäß Art. 17 DSGVO	103
VII. Fazit	104
<i>B. Die Rechtsprechung des I. Zivilsenats des BGH: Keine zusätzliche verfassungsrechtliche Abwägung wie im Allgemeinen Persönlichkeitsrecht möglich</i>	104
<i>C. Entscheidung des BVerfG im Fall »Kunstaussstellung im Online-Archiv«</i>	105
<i>D. Meinungsstand im Schrifttum zur Frage der verfassungskonformen Auslegung und zur Berücksichtigung der Rechtsprechung des VI. Zivilsenats im Urheberrecht</i>	107
I. Befürworter einer verfassungskonformen Auslegung	107
II. Gegner einer verfassungskonformen Auslegung	109
III. Fazit	110
<i>E. Die Grundsätze der verfassungskonformen Auslegung der Schrankenbestimmungen</i>	111
I. Der Grundsatz der verfassungskonformen Auslegung der urheberrechtlichen Schranken	111
1. Das Dogma der engen Schrankenauslegung	112
2. Lockerung des Dogmas der engen Schrankenauslegung	112
II. Die verfassungskonforme Auslegung der Schranken der tagesaktuellen Berichterstattung gemäß §§ 48–50 UrhG	114
III. Zwischenfazit	117
IV. Neueste Entwicklungen: Grundgesetz oder EU-Grundrechtecharta als Maßstab der Auslegung?	119
1. BGH-Vorlageentscheidungen »Metall auf Metall III«, »Afghanistan Papiere« und »Reformistischer Aufbruch«	119
2. Reaktionen des Schrifttums	123
3. Entscheidungen des EuGH in Sachen »Metall auf Metall III«, »Reformistischer Aufbruch« und »Afghanistan-Papiere«	125
<i>F. Die verfassungskonforme Auslegung der §§ 48–50 UrhG im Fall der Online-Archivierung – unter besonderer Berücksichtigung der persönlichkeitsrechtlichen Rechtsprechung</i>	127
I. Das verfassungsrechtliche Bedürfnis an der Online-Archivierung	128
1. Grundrechtsdogmatische Herleitung der Schutzbedürftigkeit der Online-Archivierung durch den VI. Zivilsenat	128
a) Meinungsfreiheit, Art. 5 Abs. 1 S. 1 Alt. 1 GG	128
b) Presse-, Rundfunk- bzw. Medienfreiheit, Art. 5 Abs. 1 S. 2 GG	129
aa) Grundrechtsdogmatische Einordnung von Online-Medien	129
bb) Begründung des Grundrechtsschutzes von Online-Archiven mit dem objektiv-rechtlichen Gehalt der Medienfreiheit	131
(1) Befriedigung des Rechercheinteresses der Öffentlichkeit	132

(2) Erleichterung der tagesaktuellen Berichterstattung durch die Vermeidung von Prüfpflichten	133
c) Informationsfreiheit, Art. 5 Abs. 1 S. 1 Alt. 2 GG	133
d) Fazit	135
2. Überprüfung der verfassungsrechtlichen Schutzwürdigkeit der Online-Archivierung	136
a) Schutz des kollektiven Gedächtnisses der Informationsgesellschaft	136
aa) Kultur- und medienwissenschaftliche Bedeutung der Online-Archive	137
(1) Der Begriff »Informationsgesellschaft«	137
(2) Das kollektive Gedächtnis	138
(3) Medien des kollektiven Gedächtnisses	140
bb) Rechtspolitische Bedeutung	141
cc) Fazit	145
b) Schutz der tagesaktuellen Medienberichterstattung	146
aa) Unzumutbarkeit von Prüfpflichten nach Ansicht des VI. Zivilsenats – Persönlichkeitsrechtliche Betrachtung	146
bb) Zumutbarkeit von Prüfpflichten nach Ansicht des I. Zivilsenats – Urheberrechtliche Betrachtung	147
cc) Schrifttum	147
dd) Stellungnahme	148
(1) Negative Auswirkungen von Prüfpflichten – »Chilling Effects« und »Overblocking«	148
(2) Technische Möglichkeiten der Überprüfung	149
(3) Prüf- und Löschpflicht erst nach qualifiziertem Hinweis?	150
(4) Rechtfertigung einer unterschiedlichen Beurteilung der Zumutbarkeit von Prüfpflichten im Urheberrecht und Persönlichkeitsrecht	151
ee) Fazit	153
II. Rechtfertigungsmöglichkeit des durch die Online-Archivierung entstehenden Eingriffs in die grundrechtlich geschützten Interessen der Urheber	153
1. Beeinträchtigung der urheberrechtlichen Interessen durch die Privilegierung der Online-Archivierung	154
a) Beeinträchtigung der materiellen Interessen des Urhebers	154
aa) Eigentumsfreiheit, Art. 14 GG	154
bb) Beeinträchtigung	155
(1) Keine Beeinträchtigung der Institutsgarantie des Urheberrechts	155
(2) Keine Beeinträchtigung der Hauptverwertung des Werkes	156
(3) Mögliche Beeinträchtigung der Folgeverwertung	157
b) Beeinträchtigung der ideellen Interessen des Urhebers	158
aa) Das Urheberpersönlichkeitsrecht, Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG	158
bb) Beeinträchtigung	159
2. Rechtfertigung – insbesondere Verhältnismäßigkeit	159
a) Legitimer Zweck der Privilegierung der Online-Archivierung	160
b) Geeignetheit der Privilegierung der Online-Archivierung	160

aa)	Geeignetheit zur Förderung des Schutzes des kollektiven Gedächtnisses der Informationsgesellschaft	160
bb)	Geeignetheit zum Schutz der aktuellen Berichterstattung	162
c)	Erforderlichkeit der Privilegierung der Online-Archivierung	162
aa)	Erforderlichkeit zum Schutz des kollektiven Gedächtnisses der Informationsgesellschaft	162
(1)	Wortberichterstattung ohne die Werke ausreichend?	162
(2)	Anderweitige Verfügbarkeit der Werke ausreichend?	163
(a)	Präsenzarchive ausreichend?	163
(b)	Originale der Werke bzw. deren Erstpublikation ausreichend?	164
(3)	Schutz durch Zitatschranke gemäß § 51 UrhG ausreichend?	166
bb)	Erforderlichkeit zum Schutz der tagesaktuellen Berichterstattung	166
d)	Angemessenheit – Abwägung der konfligierenden Interessen	167
aa)	Gewichtigkeit des Schutzes des kollektiven Gedächtnisses der Informationsgesellschaft und der tagesaktuellen Berichterstattung	167
bb)	Rückschlüsse aus der persönlichkeitsrechtlichen Diskussion um die Online-Archivierung für die Abwägung im Urheberrecht	168
(1)	Vorrang vor den materiellen Urheberrechtsinteressen gemäß Art. 14 Abs. 1 GG?	169
(2)	Vorrang vor den immateriellen Urheberrechtsinteressen gemäß Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG?	170
(3)	Fazit	171
cc)	Abschließende Beurteilung der Angemessenheit abhängig von konkretem Privilegierungsvorschlag und der damit einhergehenden Eingriffsintensität	171
3.	Ergebnis	172
III.	Vorschlag für eine verfassungskonforme Auslegung und einen schonenden Ausgleich der widerstreitenden Interessen	172
1.	Generelle Einschränkungen der Privilegierung zum Ausgleich der widerstreitenden Interessen	172
a)	Beschränkung auf ursprünglich nach §§ 48–50 UrhG privilegierte und daher rechtmäßige Berichterstattung	172
b)	Beschränkung auf das Recht der öffentlichen Zugänglichmachung	173
c)	Beschränkung auf Online-Archive institutionalisierter Medienunternehmen	175
d)	Darüber hinausgehende Beschränkungen?	175
aa)	Begrenzung auf Berichterstattung über besonders wichtige historische Ereignisse?	175
bb)	Begrenzung auf Fälle, in denen die Dokumentation von Zeitgeschehen ansonsten nicht mehr möglich ist?	176
cc)	Begrenzung auf »geschlossene« Online-Archive?	177
2.	Spezieller Ausgleich der Beeinträchtigung der materiellen Urheberrechtsinteressen durch Einführung einer Vergütungspflicht?	178
a)	Verfassungsrechtliche Grundsätze zur Erforderlichkeit einer Vergütungspflicht	179
b)	Vergütungspflicht im Fall der Online-Archivierung erforderlich?	180

c)	Abhängigkeit von der Intensität der Beeinträchtigung der materiellen Urheberrechtsinteressen	180
aa)	Keine Beeinträchtigung der Hauptverwertung der Werke	180
bb)	Allenfalls Beeinträchtigung der Folgeverwertung	182
3.	Spezieller Ausgleich der Beeinträchtigung der immateriellen Interessen des Urhebers durch entsprechende Anwendung des Rückrufsrechts wegen gewandelter Überzeugung gemäß § 42 UrhG	184
a)	Entsprechende Anwendbarkeit des Rückrufsrechts	184
b)	Modifizierte Voraussetzungen des Rückrufsrechts	186
aa)	Rückrufberechtigter	186
bb)	Rückrufserklärung	187
cc)	Rückrufsgegenstand	187
dd)	Rückrufsgrund	187
(1)	Gewandelte Überzeugung	187
(2)	Unzumutbarkeit	187
(a)	Gewichtung der Interessen des Urhebers	188
(aa)	Art und Ausmaß des Überzeugungswandels	188
(bb)	Zweck des Rückrufs	189
(cc)	Zeitlicher Abstand zur Erstveröffentlichung der Berichterstattung	189
(dd)	Erkennbarkeit als Online-Archiv	190
(ee)	Differenzierung zwischen offenen und geschlossenen Online-Archiven	191
(b)	Gewichtung der Interessen der Online-Archiv-Betreiber	192
(aa)	Vertrauensschutz	192
(bb)	Zeitlicher und finanzieller Aufwand der Löschung	193
(c)	Gewichtung der Interessen der Allgemeinheit	194
(aa)	Bedeutung und Bekanntheit des Urhebers und seines Werkes	194
(bb)	Bedeutung des Tagesereignisses oder der Tagesfrage	195
(cc)	Bedeutung, Art und Weise der Berichterstattung	196
(dd)	Mildere Mittel als der Rückruf	196
ee)	Entschädigungspflicht?	197
ff)	Rückruf eines etwa bestehenden Nutzungsrechts	198
c)	Fazit	198
4.	Ergebnis	199
IV.	Kodifizierung der Privilegierung der Online-Archivierung – Formulierungsvorschlag	199
V.	Vereinbarkeit mit Konventions- und Unionsrecht	199
1.	Relevante konventions- und europarechtliche Vorschriften	200
a)	Art. 5 Abs. 3 lit. c InfoSoc-RL bzw. Art. 10bis Abs. 1, 2 RBÜ	201
b)	Art. 5 Abs. 3 lit. f InfoSoc-RL bzw. Art. 2bis Abs. 1, 2 RBÜ	201
2.	Privilegierung der Online-Archivierung nach diesen Vorschriften	201
a)	Weite Auslegung der konventions- und europarechtlichen Vorschriften – insbesondere Berücksichtigung der EU-Grundrechte	201
b)	Drei-Stufen-Test-konforme Auslegung	203
aa)	Bestimmter Sonderfall (1. Stufe)	204

bb) Beeinträchtigung der normalen Auswertung (2. Stufe)	205
cc) Ungebührliche Verletzung berechtigter Interessen (3. Stufe)	207
5. Kapitel Schlussbetrachtung	209
<i>A. Zusammenfassung in Thesen</i>	209
<i>B. Ausblick</i>	215
Abkürzungen	217
Literatur	221
Sachregister	245